

Niederschrift

Sitzung des Umweltausschusses der Gemeinde Zeuthen

Sitzungstermin:	Donnerstag, 09.12.2021
Ort:	Mehrzweckraum des Sport- und Kulturzentrums, Schulstraße 4, 15738 Zeuthen
Sitzungsbeginn:	19:00 Uhr
Sitzungsende:	21:45 Uhr

Anwesenheit

Ausschussvorsitz

Herr Jonas Reif - B'90/Grüne

Gemeindevertreter

Herr Dr. Jens Burgschweiger - SPD/ChW

Frau Gabriele Figge - CDU

Vertretung für: Frau Nadine Selch (CDU)
über Zoom-Webinar
über Zoom-Webinar

Herr Heiko Fuchs - FDP

Herr Udo Itzeck - BfZ

Frau Sonja Pansegrau - DIE LINKE

Frau Nadine Selch - CDU

über Zoom-Webinar
entschuldigt

Sachkundige Einwohner

Herr Jens Kamischke - BfZ

entschuldigt

Herr Torsten Kampe - B'90/Grüne

entschuldigt

Herr Detlef Mock - FDP

nicht anwesend

Herr Dirk Schulz - SPD/ChW

über Zoom-Webinar

Herr Christian Selch - CDU

über Zoom-Webinar

Herr Uwe Tegeler - DIE LINKE

entschuldigt

Baum- und Naturschutzbeirat

Herr Uwe Bruns - B'90/Grüne

Herr Ulrich Miekley -

entschuldigt

Herr Axel Mieritz -

über Zoom-Webinar

Verwaltung

Herr Richard Schulz -

Herr Henning Widelak -

Protokoll

Frau Ina König -

Niederschrift

öffentlicher Teil:

1. Eröffnung und Bestätigung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie Bestätigung der Tagesordnung

Der Vorsitzende Herr Reif eröffnet die Sitzung und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 5 Mitglieder anwesend.

Bestätigung der Tagesordnung:

Abstimmungsergebnis:

Mitglieder	anwesend	ja	nein	enthalten	ausgeschlossen ^{*)}
6	5	5			

^{*)}Verfahrensvermerk: Ausschluss von der Beratung und Abstimmung aufgrund des § 22 BbgKVerf

2. Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift der letzten öffentlichen Sitzung am 09.11.2021

Keine Einwendungen

3. Einwohnerfragestunde

Es gibt keine Einwohnerfragen.

Herr Burgschweiger kommt zur Sitzung. Es sind jetzt 6 Ausschussmitglieder anwesend.

4. Informationen aus der Verwaltung

- Baumpflanzungen: in der Schillerstraße vor HN 100 wurden 3x Tilia pl. ‚Rubra‘ als Ausgleich für zwei notwendige Fällung gepflanzt.

- Zur Frage Regenwassereinleitungen aus der Birkenallee/Parkstraße in den Kienpfuhl folgende Info: die Prüfung auf Funktionsfähigkeit durch Tiefbau ist noch nicht abgeschlossen, vorab: das Wasser versickert zum größten Teil bereits auf der Fahrbahn. Eine Wassereinleitung aus der Forstallee kann erst im Zuge einer konkreten Planung geprüft werden.

- Zum Thema Gewässergüte: vom Gesundheitsamt / Gesundheitsaufsicht beim Landkreis Dahme-Spreewald erging folgende Antwort: eine gesundheitliche Bewertung des Vorkommens von Gardia Lamblia (Parasiten) ist problematisch, da es weder Richt- noch Grenzwerte gibt. Auffälligkeiten im Krankheitsgeschehen sind ebenfalls nicht bekannt (Meldepflicht nach IfSG). Da keine unmittelbare Zuständigkeit des Gesundheitsamtes vorliegt und die Corona-Pandemie die Kräfte noch immer stark beansprucht, werden hier keine eigenen Recherchen durchgeführt.

- Sachstand Ebbegraben: ein Angebot für die Grundlagenermittlung zum Einbau einer Sohlschwelle zwecks Wasserrückhalt im Ebbegraben von Asbrand Hydro-Consult liegt vor, Beauftragung noch dieses Jahr. Ziel ist es festzustellen, wie sich die Maßnahme auf den Wasserhaushalt der unmittelbaren Umgebung auswirken wird und ob Vernässungserscheinungen im Bereich naheliegender Bebauung auftreten. Die Kooperation von Schulzendorf ist wichtig, Betretungsrecht der Schulzendorfer Grundstückseigentümer*innen ist zu erbitten, um die Vermessung auszuführen.

- Chinesischer Garten: die Rotbuche ist gefällt. Herr Widelak legt eine Liste mit 7 Vorschlägen für eine Ersatzpflanzung vor. Die Liste wird im Anschluss an die Ausschussmitglieder versandt und dem Protokoll angehängt.

5. Anfragen der Mitglieder der Gemeindevertretung

- Herr Burgschweiger fragt, ob es bereits Informationen zu den Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in der Flutgrabenaue gibt. Antwort Herr Widelak: die übergebenen Unterlagen wurden an die uNB geschickt, die den Sachstand prüfen wird.

- Frau Figge fragt, ob im Zusammenhang mit den Fällanträgen externe Gutachter tätig sind. Antwort Herr Widelak: im Regelfall nicht, in Einzelfällen erfolgt eine detaillierte visuelle Baumkontrolle durch einen externen Baumkontrolleur.

6. Sachstand Waldumbaumaßnahmen Zeuthen

Herr Widelak informiert zum Sachstand, dass vom Forstbüro naturepen für die im Ortstermin besprochenen ersten Waldumbaumaßnahmen (Rodung Traubenkirsche am Kienpfuhl und Einzelbaumentnahme am Kienpfuhl und am Hankelweg) bei verschiedenen Dienstleistern eine Markterkundung durchgeführt wurde und Herr Franck nach der Auswertung ein Angebot erarbeitet. Zur Frage, ob zwecks Förderung der Naturverjüngung eingezäunt werden soll oder die Flächen durch Bejagung wildfrei gemacht werden, ist heute Herr Hagen als Vertreter der Jagdpächter anwesend. Der Aus-

schussvorsitzende stellt den Antrag, Herrn Hagen das Rederecht zu erteilen. Dem Antrag wird zugestimmt.

Herr Hagen stellt sich vor. Es gibt für Zeuthen und Wildau drei Jagdpächter. Verpächter ist die Jagdgenossenschaft, die aus den öffentlichen und privaten Waldeigentümern gebildet wird. Nach seinen Beobachtungen gibt es aktuell in Zeuthen lediglich im Hankeldreieck eine alte Ricke mit Kitz. Der Wald am Kienpfuhl war lange Zeit Einstandsgebiet für Schwarzwild. Hier wurde das letzte Stück vor ca. 2 Jahren geschossen und es gibt dort nur noch Fuchs und Waschbär. Allerdings gilt dieser Wald als kulturnaher Bereich / Park und ist somit 'befriedete Fläche' und nicht bzw. nur mit Ausnahmege-nehmigung bejagbar. Rehwild dürfte der Naturverjüngung nicht entgegenstehen, da in der Regel Brombeerhecken als Winteräsung genommen werden. Herr Reif berichtet, dass er am Kienpfuhl ein Kitz mit Alttier angetroffen hat, vermutlich handelt es sich um die am Hankelweg einstehenden Tiere. Zur Frage ob eine intensivere Bejagung für Waldumbau erforderlich und hilfreich ist, antwortet Herr Hagen, dass schon aus Tierschutzgründen intensiv gejagt wird, um so zu vermeiden, dass das Wild bei Wechsel über die Straßen totgefahren wird. Herr Bruns hat andere Beobachtungen gemacht: ihm sind mehr Tiere begegnet und auf seinem Grundstück war längere Zeit ein junger Rehbock unterwegs und hat durchaus die Knospen mehrerer Gehölze abgefressen. Auch zeigt der Vergleich der bereits aufgelichteten Waldflächen am Hankelweg, dass es in den eingezäunten Bereich deutlich mehr Naturverjüngung, auf den übrigen Flächen hingegen viel Wildverbiss gibt. Herr Hagen antwortet, dass sowohl Baumschutz als auch Tierschutz zu beachten sind. Herr Fuchs unterstützt dies und sieht nach den Ausführungen von Herrn Hagen die Jagdpacht in guten Händen.

Es gibt keine weiteren Fragen an Herrn Hagen. Herr Reif schlägt vor, 2022 eine kleine Versuchsfläche im Bereich nördlich des Hankelweges für zunächst ein bis zwei Jahre einzuzäunen, um durch Vergleich mit der Naturverjüngung in gleichartigen nicht eingezäunten Beständen den Erfolg der Einzäunung zu überprüfen. Der Vorschlag findet Zustimmung im Ausschuss.

Der Vorsitzende spricht noch den Sportplatz Wüstemark an: dort ist vorgesehen, zum Schutz vor Wildschweinen einen neuen Zaun aus Doppelstabmatten zu errichten. Er fragt nach alternativen Lösungen. Herr Hagen bestätigt, dass dies nahezu die einzige Möglichkeit ist. Eine Alternative wäre noch die Verwendung von Estrichmatten bzw. Wildschutzzaun. Dieser muss dann allerdings außen umgeschlagen und mit ausreichend Erdbedeckung versehen sein, so dass die Wildscheine auf dem außenliegenden Zauteil stehen und den Zaun nicht hochdrücken können. Der Vorsitzende dankt Herrn Hagen und schlägt vor, dass die Jagdpächter künftig 1x im Jahr im UA über den Wildbestand berichten und so auch aktuell anstehende Fragen behandelt werden können.

7 . Bericht des Baum- und Naturschutzbeirates

Herr Bruns als Sprecher des Naturschutzbeirates berichtet über aktuelle Aktivitäten. Er hat sich zusammen mit Mitarbeitern der Verwaltung die zum Schutz vor Wildschweinen geplante Erneuerung des Zaunes am Friedhof Miersdorf angesehen. Es wurde verabredet, die Grenzbäume dort nicht zu fällen, sondern den Zaun drumherum zu führen. Der NSB war an mehreren Verkehrssicherungsmaßnahmen beteiligt, wo man sich über den Erhalt von Hochstubben verständigt hat. Beim Schutz der Bäume am Flutgraben vor Biberschäden gibt es keine Fördermöglichkeiten durch die uNB, es wird an das MLUK verwiesen.

Der Vorsitzende richtet sich mit einer Frage bzw. Anregung an den NSB: auf dem Friedhof wird kompostiert - besteht die Möglichkeit, dort auch größere Mengen zu kompostieren, z.B. auch Straßenlaub? Herr R. Schulz beantwortet die Frage nach den rechtlichen Bedingungen: so wurde z.B. der Laubsammelplatz des Bauhofes durch den Landkreis gerügt und es wurde lediglich eine Sammelstelle mit regelmäßiger Abholung erlaubt. Außerdem wurde in den Gesprächen mit der Firma, die mit der Herbstsammlung des Laubs von den Straßenbäumen beauftragt ist, deutlich, dass das Laub von Straßenbäumen wegen der Beimengung von Reifenabrieb und sonstigen Fremdstoffen nicht einfach kompostiert werden kann. Herr Reif hält es im Sinne nachhaltigen Wirtschaftens für dringend geboten, hier eine Lösung für eine Verwertung des im Ort anfallenden Straßenlaubs zu finden, ggf. eine Machbarkeitsuntersuchung zu beauftragen, und fragt nach der gegenwärtigen Praxis. Herr R. Schulz beantwortet die Frage: die beauftragte Firma hat das gesammelte Laub zu einem Recyclinghof nach Klein-Kienitz verbracht, woraus auch die zeitlichen Verzögerungen bei der Laubsammlung resultierten. Die Verwaltung hat bereits überlegt, wie diese Frage künftig besser gelöst werden kann, ggf. auch in interkommunaler Zusammenarbeit mit Eichwalde. Die Vorschläge der Verwaltung sollten im nächsten Jahr in einer UA-Sitzung vorgestellt und beraten werden. Allerdings sind die Anforderungen an eine Laubsammel- und Kompostieranlage relativ streng.

8 . Aktueller Sachstand Flughafen BER

Herr D. Schulz informiert zum aktuellen Sachstand: seit 06.12. gab es 529 Ostabflüge, davon 284 auf der Südbahn. Die Zahl der nicht korrekten Ausführung der Flugrouten hat deutlich abgenommen, muss aber konsequent weiter verfolgt werden.

9 . Straßen- und Bahnlärm sowie Erschütterungen an der Bahntrasse in Zeuthen

Herr Tegeler ist heute entschuldigt, hat aber gefragt wie der aktuelle Stand des gemeinsamen Schreibens der Bürgermeister an den Kreistag ist. Herr R. Schulz hat den Vorgang noch einmal zusammengestellt: in dem gemeinsamen Antrag wurde der Kreistag aufgefordert, die zu erwartenden und schon absehbaren Verkehrsströme in der Flughafenregion endlich als Schwerpunktthema anzusehen und dieses auch als solches zu behandeln, eine Studie zur umfassenden Gesamtlärbetrachtung im Flughafenumfeld/region zu initiieren und hierbei die Ergebnisse der Studien der IHK -Cottbus und vom Ingenieurbüro SPV-Spreepan aus dem Jahr 2019 heranzuziehen. Der Kreistag sollte die Landesregierung auffordern, das Thema Umgebungslärm als Schwerpunkt anzusehen und Rechtssicherheit zur Gesamtlärbetrachtung einzufordern. Außerdem benötigen die Kommunen z.B. bei Kreis- und Landesstraßen Unterstützung bei der Umsetzung von Maßnahmen zur Lärminderung, sowohl organisatorisch als auch finanziell. Der Landkreis hat die Forderungen am 22.06.2021 an das MLUK weitergeleitet. Das MLUK informierte die Gemeinden im September hierzu, dass das Ministerium bereits die Lärmaktionsplanung der Flughafenumfeldkommunen (3. Runde, 2018) mit einer Rahmenplanung zur Lärmaktionsplanung im Umfeld des Flughafen Berlin-Schönefeld (BER) (Teilaspekt Fluglärm) unterstützt hat: " Hierzu war eine interkommunale Arbeitsgemeinschaft eingerichtet und durch das MLUK ein auf Lärmfragen spezialisiertes Ingenieurbüro vertraglich gebunden worden. Bestandteil der Arbeiten waren auch Gesamtlärbetrachtungen." Für die jetzt erneut anstehende Lärmaktionsplanung (4. Runde, 2024) wird ein ähnliches Vorgehen vorbereitet. Bleibt die Frage, wie mit dem Antrag an den Kreistag bzw. den Landkreis weiter verfahren werden soll. Der Vorsitzende regt an: da im Kreistag fünf Fraktionen vertreten sind, sollten die Bürgermeister die Fraktionen bitten, als Fraktion den Antrag im Kreistag zu stellen.

10 . Information über eingegangene Standortvorschläge für eine neue Grundschule Vorlage: IV-079/2021

Der Vorsitzende erläutert den Anlass für die Information: die GVT hat in der Sitzung am 18.10.2021 in Auswertung der Einwohnerversammlung am 29.09.2021 beschlossen, dass eine erneute Machbarkeitsuntersuchung von potentiellen Grundschulstandorten (ausschließlich östlich der Bahnseite) durchgeführt werden soll. Hierbei sollen die Standorte insbesondere auf die Eingriffsintensität in Natur und Umwelt überprüft werden, um die Eingriffsintensität so gering wie möglich zu halten. Bürger hatten die Möglichkeit, bis einschließlich 19. November 2021 der Gemeindeverwaltung weitere bisher nicht geprüfte Standorte östlich der Bahnseite zu benennen. Über die Ergebnisse oder Zwischenstände der vorgesehenen Prüfungen sollte seitens der Verwaltung bis zur Dezember-Sitzung 2021 berichtet werden. Er hat den TOP auf die Tagesordnung gesetzt, um noch vor der Sitzung der GVT im Umweltausschuss den Sachstand zu behandeln.

Seitens der Verwaltung wird darüber informiert, dass von der Bürgerinitiative 5 Standortvorschläge eingereicht wurden. Es liegen weitere Vorschläge von zwei Gemeindevertretern und von 6 Bürgern vor. Teilweise kam es zu Doppelungen der Standortvorschläge. Insgesamt liegen jetzt 18 Standortvorschläge östlich der Bahn vor. Zurzeit läuft die Prüfung der Vorschläge und die Erarbeitung einer Bewertungsmatrix. Eine Information zum Stand der Prüfung erfolgt in der GVT am 14.12.2021.

Herr Reif informiert darüber, dass er heute noch zwei Anfragen gestellt hat: 1. Ob auch eine 2- oder 3-geschossige Bebauung in Betracht gezogen wird, da sich dann der Flächenbedarf auf 10500 bzw. 9.500 m² reduzieren würde. 2. Wie ist bei den Standortvorschlägen die Verfügbarkeit der Flächen - Eigentum der Gemeinde, evtl. vorhandene Pachtverträge kurzfristig kündbar, evtl. Verkaufsbereitschaft bei privaten Eigentümern. Mit der Beantwortung dieser Fragen kann und sollte die Zahl der Standorte auf sinnvollerweise weiter zu prüfende (weil tatsächlich in Betracht kommend) reduziert werden. Auch in der Diskussion kommt mehrheitlich zum Ausdruck, dass die Prüfung der Standorte zweistufig erfolgen sollte. Es sollte analog zu Vergabeverfahren zunächst in einer Vorstufe die Eignung geprüft werden. Anschließend können die Standorte, die verfügbar sind und geeignet, insbesondere hinsichtlich Größe und Flächenzuschnitt, bezüglich der Eingriffsbewertung und weiterer Faktoren, z.B. Erschließungskosten, vertieft untersucht werden. Wichtig ist, dass vorab klare Wertungskriterien bestimmt werden. Zur der mehrfach geäußerten Erwartung, dass in einem ersten Schritt durch die Verwaltung die ungeeigneten Standorte herausfiltert werden, erinnert auch Herr R. Schulz noch einmal daran, dass im Auftrag an die Verwaltung klar formuliert ist, dass jeder Bürger Vorschläge einreichen kann, und somit keine Vorauswahl durch die Verwaltung erfolgt. Zur GVT-Sitzung am 14.12. wird sicherlich durch das Amt BS ein Vorschlag zu den Kriterien für die Prüfung der Vorschläge vorgestellt werden. Der Vorsitzende fasst die Diskussion zusammen mit der Bitte an die Fraktionen, sich im Vorfeld der GVT-Sitzung soweit zu den Wertungs- und auch Ausschlusskriterien zu verständigen, dass dann im Ergebnis der Sitzung ein zwischen Gemeindevertretern und Verwaltung abgestimmter Kriterienkatalog vorliegt, so dass zeitnah in einer zweiten Stufe die vertiefte Prüfung der Standortvorschläge weitergeführt werden kann.

11. Endbericht Fokusberatung Klimaschutz Vorlage: BV-078/2021

Herr R. Schulz berichtet, dass es nach der Vorstellung des Abschlussberichts in der letzten Ausschusssitzung eine Abstimmung mit dem Planungsbüro gegeben hat, um die Vorschläge aus dem Ausschuss einzuarbeiten. Befürwortet wurde im Ausschuss die Maßnahme Klimaschutzmanager. Da dieser ohnehin zu 100 % gefördert wird, sollte im Ergebnis der Fokusberatung eine investive Maßnahme beantragt werden. Im Rahmen der Kommunalrichtlinie ist es nicht möglich, PV-Anlagen zu fördern. Für zwei Radwege-Maßnahmen ist bereits die Aufnahme in das ILB-Förderprogramm beantragt. Es wurde daher eine der anderen investiven Maßnahmen ausgewählt: der Radweg entlang der Birkenallee wurde in den Endbericht als Folgemaßnahme aufgenommen. Frau Figge macht darauf aufmerksam, dass es sich bei der Anlage um einen anderen Radweg handelt. Die Anlage ist noch zu korrigieren. Frau Figge fragt noch nach der Zahl der seit 31.12.2018 in Zeuthen zugelassenen (vorhandenen) E-Fahrzeuge, weil dies für die Entscheidungen zu E-Ladesäulen wichtig ist. Der Vorsitzende und Herr R. Schulz fassen zusammen: zum Abschluss der Fokusberatung ist eine Maßnahme festzulegen, die dann bis 2023 umzusetzen ist. Der Radweg Birkenallee ist hierfür geeignet und für die Einsetzung eines Klimaschutzmanagers gibt es eine 100%iger Förderung über zwei Jahre. Daher wurden diese beiden Maßnahmen als die am besten geeigneten Maßnahmen in den BV aufgenommen. Es gibt noch zahlreiche Themen, die bisher nicht behandelt werden konnten. Dies kann und soll mit der Einstellung eines Klimaschutzmanagers in einem zu erarbeitenden Klimaschutzkonzept weitergeführt werden, um dann auch weitere Fördermöglichkeiten zu nutzen. Es wird über den BV abgestimmt:

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung nimmt den Abschlussbericht der „Fokusberatung Klimaschutz“ zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die Maßnahmen „M1“ und „M2“ des Abschlussberichts in Umsetzung zu bringen. Diese sind die Schaffung einer Stelle „Klimaschutzmanager/in (M1)“ sowie der Bau des Radwegs „Zweirichtungs-Geh-/Radweg Birkenallee (M2)“ gemäß Radverkehrskonzept. Für beide Maßnahmen sollen entsprechende Förderanträge gemäß Kommunalrichtlinie gestellt werden.

Abstimmungsergebnis: Empfehlung zur Beschlussfassung in der GVT

Mitglieder	anwesend	ja	nein	enthalten	ausgeschlossen ¹⁾
6	6	6	--	--	--

¹⁾Verfahrensvermerk: Ausschluss von der Beratung und Abstimmung aufgrund des § 22 BbgKVerf

12. Bericht des NABU - Ortsgruppe Zeuthen

21.10 bis 21.15 Uhr Pause

Herr Burgschweiger berichtet über verschiedene Arbeitseinsätze der NABU-Ortsgruppe Zeuthen: im Winter Auffichtungsarbeiten im Kienpfuhl, im Frühjahr 400 m Krötenschutzzaun an der L402, Artenschutzmaßnahmen im NSG Höllengrund/Pulverberg, Vorbereitung der Beweidung von Offenlandflächen im NSG. Neben den praktischen Arbeiten wurde auch Vorschläge zur Verbesserung des Wasserhaushalts und der Wasserqualität erarbeitet: Einbau einer Sohlschwelle im Ebbegraben, um hierdurch den Abbau des Moores zu reduzieren. Es gibt auch Vorschläge für den Flutgraben: da dieser zum Erhalt der Leistungsfähigkeit auch bei Starkregen regelmäßig ausgebaggert wird, sollte hier an einer Stelle das Grabenbett aufgeweitet werden, um durch dann möglichen Pflanzenbewuchs die Schlammabdrift zu vermindern. Die hierzu erforderliche Planung und auch die Durchführung könnten als Ausgleichsmaßnahme z.B. im Zusammenhang mit dem B-Plan Zeuthener Winkel Mitte realisiert werden. Im Bereich der Flutgrabenaue ist geplant, den Brenneigraben zu einem Teich aufzuweiten, um hier für die Kröten ein Laichgewässer zu bieten. Mit dem Aushub könnten die Entwässerungsgräben im Umfeld zurückgebaut werden, um den ursprünglichen Bodenwasserhaushalt wiederherzustellen - die Reduzierung/Verhinderung von Moorabbau ist ein Beitrag zum Klimaschutz (Verminderung von CO₂-Ausstoß). Die Planung hierfür liegt vor, es werden jetzt Fördermittel für die Umsetzung gesucht. Die NABU-Ortsgruppe war auch im Rahmen des Leitbildprozesses der Gemeinde Zeuthen aktiv, hat ein öffentliches Sommerfest durchgeführt und arbeitet an einer Stellungnahme zum Zeuthener Winkel.

13. Terminplanung der Ausschusssitzungen 2022 - Termine Umweltausschuss Vorlage: IV-080/2021

Der Ausschussvorsitzende gibt einen kurzen Ausblick auf die Arbeit im nächsten Jahr: im Entwurf des Sitzungsplanes sind 7 Ausschusssitzung vorgesehen. Die inhaltlichen Schwerpunkte sollen dann in der ersten Ausschusssitzung am 25.01.2022 beraten werden. Ein Thema wird der Zeuthener Winkel

sein - dies sollte in einer gemeinsamen Beratung von OEA und UA beraten werden.

14 . Sonstiges

- Frau Figge macht auf einen aktuellen Artikel in der MAZ zum Thema 'Brandenburgs Wald leidet' aufmerksam. Herr Reif weist im Zusammenhang mit dem Waldumbau darauf hin, dass bisher lediglich 10 T€ im HH-Planentwurf für Waldumbaumaßnahmen eingestellt sind, weil noch keine konkreten Angebote vorliegen. Er hält höhere Summen für notwendig, um einen forcierten Waldumbau durchführen zu können.

- Herr Burgschweiger fragt nach dem Gutachten zur Potentialermittlung des Ebbegrabens und den dafür erforderlichen Mitteln: das Gutachten wird noch 2021 mit vorhandenen Mitteln beauftragt. Weitere Maßnahmen und HH-Mittel können erst nach Vorliegen des Gutachtens geplant werden.

- Herr Reif kommt auf den Vorschlag von Herrn Fuchs zurück, zur Wasserhaltung im Kienpfuhl dort einen weiteren Löschwasserbrunnen zu errichten und über diesen auch den Wasserstand im Kienpfuhl aufzufüllen. Hierzu gibt es eine Information aus der Verwaltung: kurzfristig ist das nicht möglich, zurzeit wird für das gesamte Gemeindegebiet überprüft, wo Löschwasserbrunnen erforderlich und sinnvoll sind. Da dies frühestens 2023 zu einer Verbesserung der Situation am Kienpfuhl führen kann, hat Frau Bauer, NABU, angeregt, einen kleineren Brunnen gekoppelt mit einer Solaranlage zu errichten, der zumindest im Sommer so viel Wasser nachspeist, dass der Kienpfuhl nicht komplett trocken fällt → Bitte an die Verwaltung, das zu prüfen.

Ende der öffentlichen Sitzung: 21.35 Uhr

Jonas Reif
Ausschussvorsitz

Ina König
Schriftführung